



Adelbeißer ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Was macht den Minister denn so optimistisch?

Wie oft wurde eigentlich schon über eine Wohnsitzpflicht für anerkannte Flüchtlinge, die von der Sozialhilfe leben, diskutiert? Die juristische Antwort ist immer dieselbe: Kann man machen, aber nur dann, wenn

nicht über eine Verschärfung der Sozialhilfe debattieren. Dafür delegiert er den Wunsch nach einer „Mindestsicherung neu“ an die nächste Regierung.

Doch auch daran ist die Politik schon vor Jahren gescheitert. Bund und Länder konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bei der Mindestsicherung einigen. Und der Versuch von Türkis-Blau, den Ländern alles vorzuschreiben, scheiterte zum Teil am Einspruch des Höchstgerichts.

Man würde nun gerne wissen, was den Sozialminister so optimistisch macht, dass eine nächste Regierung das schaffen sollte (oder wollte?), woran Bund und Länder bisher scheiterten.

### GLOSSE

Maria Zimmermann

sie für alle gilt, die Sozialhilfe beziehen. Ob Österreicher, EU-Bürger oder Asylberechtigte.

Wenn die Politik das gewollt hätte, hätte sie sich längst darauf einigen können.

Ähnlich ist es mit dem, was Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) gern hätte. Er will zwar

# Schlamm Schlacht ÖVP – FPÖ

Der Wahlkampf mit gegenseitigem Anpatzen hat begonnen: ÖVP-Fraktionsführer Andreas Hanger nennt Herbert Kickl einen „Gagenkaiser“, die FPÖ nennt Hanger einen „Lügenbaron“.

WIEN. Monatelang hat die ÖVP Herbert Kickl als Sicherheitsrisiko bezeichnet. Nun schwenkt sie auf die Bezeichnung Gagenkaiser um. Und zwar wirft sie dem heutigen FPÖ-Obmann vor, zumindest in den Jahren 2014 bis 2016 neben seinem Abgeordnetengehalt auch hohe Zahlungen von der FPÖ Wien erhalten zu haben. Damit habe er aus öffentlichen Mitteln rund 20.000 Euro verdient – deutlich mehr als ein Minister oder Landeshauptmann, so der ÖVP-Fraktionsführer im U-Ausschuss zum rot-blauen Machtmissbrauch, Andreas Hanger.

Außerdem sieht Hanger den FPÖ-Chef in die Causa Ideenschmiede verstrickt. Der ÖVP-Poli-



Nehammers ÖVP gegen Kickls FPÖ, das ist Brutalität.

BILD: SN/APA/ROLAND SCHLAGER

## Der Kampf um den Kanzlersessel

tiker spricht von einer „dubiosen Miteigentümerschaft“ an dieser Werbeagentur, die Kickl durch einen Treuhandvertrag verschleiert habe. In der bereits 2015 aufgekommenen Affäre geht es um mögliche Zahlungsrückflüsse bei Regierungsaufträgen an die Kärntner FPÖ. Kickl hatte die Agentur mitbegründet, er sei aber nur für kurze

Zeit stiller Gesellschafter gewesen, sagte der FPÖ-Chef auch im U-Ausschuss bereits aus. In der Causa gab es bereits einen gerichtlichen Schuldspruch. Gegen Kickl selbst wurde aber nicht ermittelt.

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker spricht deshalb in einer Aussendung von „Dirty Campaigning“ der ÖVP, die sich vor dem Machtverlust bei der kommenden Wahl fürchte. Hafenecker nennt Hanger einen „Lügenbaron unter dem Schutz der parlamentarischen

Immunität“ und holt zum Gegen-schlag aus. In seiner Presseaussendung listet der FPÖ-Generalsekretär „als Zusatzinformation“ fast ein Dutzend Firmen auf, in denen Hanger Geschäftsführer ist. Warum Hafenecker das tut, zeigt ein Blick auf die Internetseite des Parlaments: Dort finden sich zu allen diesen Firmen parlamentarische Anfragen, in denen sich die FPÖ erkundigt, welche Wirtschafts- und AMS-Förderungen Hangers Firmen in den vergangenen Jahren erhalten haben.

Aber noch einmal zurück zu Hafenecker. Er dementiert in der erwähnten Aussendung energisch die von der ÖVP behauptete Verstrickung Kickls in die Kärntner Causa Ideenschmiede. Interessant ist aber, was er nicht dementiert, nämlich die von Hanger genannten Einkünfte Kickls aus Steuermitteln.

Die ÖVP versucht damit eindeutig, Kickl als Teil jenes „Systems“ darzustellen, das die FPÖ zu bekämpfen verspricht. Während die FPÖ versucht, die ÖVP als Teil des „Systems“ darzustellen, das für alle Fehlentwicklungen verantwortlich sei. Diese Strategien im Kampf um den Kanzlersessel zeichnen sich bereits jetzt, fünf Monate vor der Nationalratswahl, ab.

Inhaltliches Haupt-Kampfgebiet ist die Migrationsfrage. Die ÖVP argumentiert, dass Kickl als Innenminister nichts in dieser Frage unternommen habe. Während die FPÖ der ÖVP schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung der Migration vorwirft. Seit dem Antritt der schwarz-grünen Regierung 2019 habe es 232.500 Asylanträge gegeben, kritisierte die FPÖ am Montag. **pur**

## SPÖ droht Benko mit Vorführung im U-Ausschuss

Kommt er auch am Donnerstag nicht, werde es Konsequenzen geben.

WIEN. Die SPÖ droht mit der Vorführung des Unternehmers René Benko im Cofag-Untersuchungsausschuss. Benko hat sich bereits ein zweites Mal entschuldigen lassen, diesmal wegen eines Gerichtstermins in Innsbruck. Eine Chance soll er nun noch bekommen.

Benko war für Mittwoch ein weiteres Mal geladen worden. Sein Anwalt Norbert Wess verwies nun auf einen Gerichtstermin des insolventen Unternehmers an diesem Tag. Zudem wisse sein Mandant nicht, was ihm vorgeworfen werde. Er könne sich daher nicht ausreichend vorbereiten. Benko hatte bereits seine erste Aussage am 4. April wegen der Vielzahl der gegen ihn eingereichten Sachverhaltsdarstellungen kurzfristig platzen lassen.

Nun will es die SPÖ noch einmal versuchen und kündigte die Ladung Benkos für Donnerstag an. Sollte der Unternehmer diese nicht ohne ausreichende Begründung wahrnehmen, will man einen Antrag auf Vorführung im U-Ausschuss stellen. Fix sind indes die Anträge beim Bundesverwaltungsgericht auf Beugestrafe gegen Ex-Finanzminister Gernot Blümel und Investor Siegfried Wolf. **SN, APA**

## Pensionssplitting: Korosec ärgert grüne Blockade

WIEN. Dass es mit dem im Regierungspakt stehenden automatischen Pensionssplitting nichts mehr werden dürfte, ärgert die Chefin des Seniorenbundes, Ingrid Korosec (ÖVP). Sie habe kein Verständnis für die „Blockadepolitik der Grünen zu Lasten der unbestritten sinnvollen und dringend notwendigen“ Gesetzesänderung. Sie stimme mit den Grünen überein, dass das Pensionssplitting nur eine der Maßnahmen sei, um Altersarmut von Frauen zu verhindern, und weitere folgen müssten. „Der richtige Zugang wäre aber: das eine tun und das andere nicht lassen“, betont Korosec und forderte die Grünen auf, ihren Widerstand aufzugeben. **SN**

## Zu Schwarz-Blau mit der Spritzpistole?

Historiker Lothar Höbel gibt im „Jahrbuch für Politik“ Einblicke in Kickls FPÖ und Kickls Fehler.

WIEN. FPÖ-Chef Herbert Kickl und die ÖVP sollten ihre persönliche Fehde mit einem „Spritzpistolenduell in den Praterauen bis zur völligen Durchnässung“ austragen und dann gefälligst eine Koalition bilden. – Diesen launigen Rat formuliert der Historiker Lothar Höbel im neuen „Jahrbuch für Politik“.

Seinem Beitrag kommt unter den 50 Beiträgen des Jahrbuchs insofern besondere Bedeutung zu, als Höbel einer der wenigen Außenstehenden ist, die Einblicke in die FPÖ haben. Höbel schreibt, die blauen Abgeordneten hätten mit einem Regierungseintritt keine Freude, denn

für sie lebe es sich in der Opposition leichter. Parteichef Kickl sei derzeit parteiintern unumstritten. Die Landesparteien Wiens und Oberösterreichs stünden ihm aber distanziert gegenüber. Die Personalhoffnung der FPÖ heiße Marlene Svazek.

### Marlene Svazek als blaue Personalreserve

Kickls Führungsstil sei wenig integrativ. Wenn Sebastian Kurz einen so geringen internen Kommunikationsdrang gehabt hätte wie Kickl, wäre ihm viel erspart geblieben, scherzt Höbel in Anspielung auf die Kurz-Chats. Kickls inhaltliche

Linie charakterisiert der Historiker so: „Mehr Populismus, weniger rechts.“ Das alte Klischee, die FPÖ zerfalle in einen nationalen und einen liberalen Flügel, sei von Kickl durch ein „Weder-noch“ beseitigt worden. Dessen Stehsatz von der „Festung Österreich“ bezeichnet Höbel als lächerlich.

Den Erfolg der FPÖ mache aus, dass sie glaubwürdig „Volk“ gegen „Eliten“ darstelle, etwa bei den Themen Gender, Klima und Zuwanderung. Sie verteidige die Normalität. Höbel ortet hier ein konservatives Paradoxon: „Die FPÖ läuft Sturm gegen den politischen Status quo, um den gesellschaftlichen Status quo zu erhalten.“ Wirklich stark ge-

macht worden sei die FPÖ durch die Koalition der ÖVP mit den Grünen. Das habe die zahlreichen schwarz-blauen Wechselwähler, die Sebastian Kurz von der FPÖ gewonnen hatte, wieder zurück zu ihr getrieben.

Laut Höbel solle die ÖVP jedoch froh sein, dass ihre ehemaligen Wähler diesmal FPÖ wählen. Denn wenn sie daheimblieben, würde es erstmals seit Langem eine Mehrheit links der Mitte geben. Und diese Ampelkoalition würde die ÖVP in Opposition schicken.

Als strategisches Manko Kickls nennt der Historiker dessen mangelnde Vorarbeit für eine Koalition mit der ÖVP. Was freilich auch umgekehrt gelte, so Höbel. **pur**